



Anlagen zu den Empfehlungen der hessischen Bergbehörde für das Betriebsplanverfahren

Stand: 01.03.2007

Achtung! Das Dokument befindet sich derzeit in der Überarbeitung!

Empfehlungen der hessischen Bergbehörde für das Betriebsplanverfahren

Anlage 1a

Muster einer Gliederung für einen Rahmenbetriebsplan nach § 52 Abs. 2 Nr. 1 BBergG
(fakultativer Rahmenbetriebsplan)

Verzeichnis der Anlagen

Anlage 1:	Fakultativer Rahmenbetriebsplan	3
Anlage 1a		3
Gliederung		3
Anhang zu Anlage 1a		6
Anlage 1b		7
Anlage 2:	obligatorischer Rahmenbetriebsplan	8
Anlage 2a		8
Gliederung		8
Anhang zu Anlage 2a		11
Anlage 2b		12
Anlage 3:	Hauptbetriebsplan	13
Anlage 3a		13
Gliederung		13
Anhang zu Anlage 3a		18
Anlage 3b		19
Anlage 4:	Abschlussbetriebsplan	20
Anlage 4a		20
Gliederung		20
Anhang zu Anlage 4a		24
Anlage 4b		25
Anlage 5:	Erforderliche Unterlagen zur Erteilung der Eingriffsgenehmigung	26

Empfehlungen der hessischen Bergbehörde für das Betriebsplanverfahren

Anlage 1a

Muster einer Gliederung für einen Rahmenbetriebsplan nach § 52 Abs. 2 Nr. 1 BBergG
(fakultativer Rahmenbetriebsplan)

Anlage 1: Fakultativer Rahmenbetriebsplan

Anlage 1a

Gliederung

Nr.	Überschriften	Stichpunkte / Beispiele
1	Inhaltsverzeichnis, Anlagenverzeichnis	
2	Allgemeines	
	– Angaben zum Unternehmen	Name ... Sitz ... vertretungsberechtigte Personen ... Handelsregisterauszug, Organisationsform, Organisationsschema
	– Kurzbeschreibung des Vorhabens	
	– Gutachter, Sachverständige	
	– Angabe der parallel beantragten Genehmigungen und Entscheidungen	z. B. wasserrechtliche Erlaubnis, Baugenehmigung für Gebäude, Rodungsgenehmigung
3	Angaben zu der betroffenen Fläche	
3.1	Angaben zur Lage	Landkreis ... Gemeinde... Flur ... Darstellung der Grenzen des Rahmenbetriebsplans in den Planunterlagen
3.2	Eigentumsnachweise, Pachtverträge für die beanspruchten Flurstücke	Bezeichnung der Flurstücke mit Katasterplan, Nachweis der Nutzungsbefugnis (Verkaufsbereitschaft / Eigentum / Pachtverträge)
3.3	Raumordnerische bzw. bauplanungsrechtliche Ausweisung	Hinweis auf Ergebnis eines raumordnerischen Verfahrens bzw. Ausweisung im Regionalen Raumordnungsplan,
3.4	Geologische Situation	Übersicht zu Abraum- und Vorratsmengen
3.5	Geschützte Flächen	Naturschutzgebiet, Biotop usw.
3.6	Hydrogeologische und hydrologische Situation	
	– Angaben der Gewässer	
	– Lage zu Trinkwasserschutz- oder -einzugsgebieten	
	– Angaben zu Grundwasserstand, -leiter, -fließrichtung	

Empfehlungen der hessischen Bergbehörde für das Betriebsplanverfahren
Anlage 1a

Muster einer Gliederung für einen Rahmenbetriebsplan nach § 52 Abs. 2 Nr. 1 BBergG
(fakultativer Rahmenbetriebsplan)

Nr.	Überschriften	Stichpunkte / Beispiele
3.7	Bodengeologische Situation	
4	Allgemeine Angaben zum Vorhaben	
4.1	Bestandteile des Vorhabens (im Überblick)	Tagebau, Aufbereitungsanlagen, sonstige Betriebsanlagen und -einrichtungen, Weiterverarbeitungsanlagen
4.2	Flächenbedarf	Flächenbedarf insgesamt, aufgeschlüsselt nach Abbaufäche, Flächen für Betriebsanlagen, Schutzwällen usw.
4.3	Geplante Förderung nach Zeitabschnitten und voraussichtliche Laufzeit des Vorhabens	
4.4	Betriebsorganisation und Belegschaft <ul style="list-style-type: none">– Belegschaft– Arbeits- und Betriebszeiten	
4.5	Erschließung	Zuwegung, Energieversorgung, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung
5	Technische Konzeption	
5.1	Tagebau <ul style="list-style-type: none">– Abbautechnologie– Lage und Art des Aufschlusses– Tagebauentwicklung– Vorfeldberäumung– Abraumwirtschaft– Lärm-, Vibrations- und Staubbekämpfungsmaßnahmen– Wiedernutzbarmachungsmaßnahmen	u. a. Angaben zur Standsicherheit der Böschungen und zum Sicherheitsabstand zu benachbarten Flurstücken evt. Verwertung von Fremdmassen
5.2	Aufbereitungs- und Weiterverarbeitungsanlagen <ul style="list-style-type: none">– Produktbeschreibung– Kurzbeschreibung der geplanten Anlagen– Lärm-, Vibrations- und Staubbekämpfungsmaßnahmen Betriebsanlagen und -einrichtungen	Kurzbeschreibung z. B. <ul style="list-style-type: none">- Energieversorgung- Tankstelle- Werkstatt- Waage

Empfehlungen der hessischen Bergbehörde für das Betriebsplanverfahren

Anlage 1a

Muster einer Gliederung für einen Rahmenbetriebsplan nach § 52 Abs. 2 Nr. 1 BBergG
(fakultativer Rahmenbetriebsplan)

Nr.	Überschriften	Stichpunkte / Beispiele
5.3	Büro- und Sozialanlagen	- Reifenwaschanlage - befestigte Betriebsstraßen und Plätze - Abstell- und Wartungsplatz - Kehrmaschine / Berieselungsfahrzeug - Leichtflüssigkeitsabscheider Kurzbeschreibung
5.4	Hilfs- und Nebenanlagen	
5.5	Wasserhaltung / Wasserwirtschaft	- Wasserbilanz mit Darstellung des Oberflächenwasseranfalles; des Brauch- und Trinkwasserbedarfes der wahrscheinlichen durchschnittlichen und maximalen Wasser-ableitung bzw. -einleitung in die Vorflut, Quell- oder Feuchtgebiete usw. - Oberflächenwasserfassung, -sammlung, -speicherung und -ableitung - Wasserableitung über Regenrückhalte- und -klärbecken, Kontrollschächte und Abflußgräben bzw. -leitungen, Einleitbauwerke, Trinkwasserversorgung - Brauchwasserbedarf und -versorgung (mit Angabe zur Entnahmestelle) - Sozialabwasserbeseitigung bzw. -ableitung - Verlegung von Gewässern - Grundwasserabsenkung, -ableitung und -einleitung
6	Voraussichtliche Entwicklung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse nach Beendigung der bergbaulichen Maßnahmen	Grundwasseranstieg / Füllung des Restloches; Abfluss und Bildung offener Wasserflächen
7	Wiedernutzbarmachungskonzept	
8	Beschreibung der möglichen Einwirkungen des Vorhabens bzw. Betriebes auf die Umwelt	Luftverunreinigungen, Lärm, Erschütterungen, Abfälle, Abwasser, Wassergefährdende Stoffe
9	Eingriffs- und Ausgleichsplanung zur naturschutzrechtlichen Eingriffsgenehmigung	

Empfehlungen der hessischen Bergbehörde für das Betriebsplanverfahren
Anlage 1a

Muster einer Gliederung für einen Rahmenbetriebsplan nach § 52 Abs. 2 Nr. 1 BBergG
(fakultativer Rahmenbetriebsplan)

Anhang zu Anlage 1a

Nr. Überschriften	Stichpunkte / Beispiele
A 1 Übersichtspläne <ul style="list-style-type: none">– Übersichtsplan (mit Angabe von Schutzgebieten, Schutzzonen und Biotopen)– Katasterplan	Rißwerk gemäß § 63 BBergG siehe § 10 Abs. 2 Nr. 1 MarkschBergV
A 2 Technische Unterlagen <ul style="list-style-type: none">– Übersichtsplan mit Flurstücksbezeichnung (Lage des Tagebaus, der Tages- und Betriebsanlagen sowie der Verkehrsanbindung)– Lageplan mit Betriebseinrichtungen, Gebäuden, Zufahrt– Abbau-, Kippenentwicklungs- und Wiedernutzbarmachungsplan– Tagebauschnitte– Fließschemata	Rißwerk gemäß § 63 BBergG
A 3 Rechtliche Nachweise <ul style="list-style-type: none">– Nachweis der Eigentumsverhältnisse– Kopien der Pachtverträge– Handelsregisterauszug	nur den für die Bergbehörde und den Betriebsplanpflichtigen bestimmten Ausfertigungen beifügen
A 4 Unterlagen zur Eingriffs- und Ausgleichsplanung für die naturschutzrechtliche Eingriffsgenehmigung	

Anlage 1b

Name Anschrift des Unternehmers		
	Geschäftszeichen des Unternehmers	
	Bearbeiter / Ansprechpartner	
	Telefon	Fax
Anschrift der Zulassungsbehörde Regierungspräsidium Abteilung ... Dezernat Bergaufsicht	Eingangsvermerk der Zulassungsbehörde	

Für den -Tagebau
Bodenschatz Name

Landkreis:

Gemeinde:

Gemarkung:

wird dieser

Rahmenbetriebsplan (nach § 52 Abs. 2 Nr. 1 BBergG)

gemäß § 54 Abs. 1 Bundesberggesetz zur Zulassung vorgelegt.

.....
Ort, Datum

.....
rechtsverbindliche Unterschrift des Unternehmers

Zugehörigkeitsvermerk der Behörde

Anlage 2: obligatorischer Rahmenbetriebsplan

Anlage 2a

Gliederung

Nr. Überschriften	Stichpunkte / Beispiele
1 Inhaltsverzeichnis, Anlagenverzeichnis	
2 Allgemeines	
– Angaben zum Unternehmen	Name ... Sitz ... vertretungsberechtigte Personen ... Handelsregisterauszug, Organisationsform, Organisationsschema
– Kurzbeschreibung des Vorhabens	
– Gutachter, Sachverständige	
– Angabe der im Verfahren mit beantragten Genehmigungen und Entscheidungen	z. B. wasserrechtliche Erlaubnis, Baugenehmigung für Gebäude, Rodungsgenehmigung
3 Angaben zu der betroffenen Fläche	
3.1 Angaben zur Lage	Landkreis ... Gemeinde... Flur ... Darstellung der Grenzen des Rahmenbetriebsplans in den Planunterlagen
3.2 Eigentumsnachweise, Pachtverträge für die beanspruchten Flurstücke	Bezeichnung der Flurstücke mit Katasterplan, Nachweis der Nutzungsbefugnis (Verkaufsbereitschaft / Eigentum / Pachtverträge)
3.3 Raumordnerische bzw. bauplanungsrechtliche Ausweisung	Hinweis auf Ergebnis eines raumordnerischen Verfahrens bzw. Ausweisung im Regionalen Raumordnungsplan,
3.4 Geologische Situation	Übersicht zu Abraum- und Vorratsmengen
3.5 Geschützte Flächen	Naturschutzgebiet, Biotop usw.
3.6 Hydrogeologische und hydrologische Situation	
– Angaben der Gewässer	
– Lage zu Trinkwasserschutz- oder -einzugsgebieten	
– Angaben zu Grundwasserstand, -leiter, -fließrichtung	

Empfehlungen der hessischen Bergbehörde für das Betriebsplanverfahren
 Anlage 2a

Muster einer Gliederung für einen Rahmenbetriebsplan nach § 52 Abs. 2a BBergG
 (obligatorischer Rahmenbetriebsplan)

Nr. Überschriften	Stichpunkte / Beispiele
3.7 Bodengeologische Situation	
4 Allgemeine Angaben zum Vorhaben	
4.1 Bestandteile des Vorhabens (im Überblick)	Tagebau, Aufbereitungsanlagen, sonstige Betriebsanlagen und -einrichtungen, Weiterverarbeitungsanlagen
4.2 Flächenbedarf	Flächenbedarf insgesamt, aufgeschlüsselt nach Abbaufäche, Flächen für Betriebsanlagen, Schutzwällen usw.
4.3 Geplante Förderung nach Zeitabschnitten und voraussichtliche Laufzeit des Vorhabens	
4.4 Betriebsorganisation und Belegschaft – Belegschaft – Arbeits- und Betriebszeiten	
4.5 Erschließung	Zuwegung, Energieversorgung, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung
5 Technische Konzeption	
5.1 Tagebau – Abbautechnologie	u. a. Angaben zur Standsicherheit der Böschungen und zum Sicherheitsabstand zu benachbarten Flurstücken
<ul style="list-style-type: none"> – Lage und Art des Aufschlusses – Tagebauentwicklung – Vorfeldberäumung – Abraumwirtschaft – Lärm-, Vibrations- und Staubbekämpfungsmaßnahmen – Wiedernutzbarmachungsmaßnahmen 	evt. Verwertung von Fremdmassen
5.2 Aufbereitungs- und Weiterverarbeitungsanlagen – Produktbeschreibung – Kurzbeschreibung der geplanten Anlagen – Lärm-, Vibrations- und Staubbekämpfungsmaßnahmen Betriebsanlagen und -einrichtungen	Kurzbeschreibung z. B. - Energieversorgung - Tankstelle - Werkstatt - Waage - Reifenwaschanlage - befestigte Betriebsstraßen und Plätze

Nr. Überschriften	Stichpunkte / Beispiele
5.3 Büro- und Sozialanlagen 5.4 Hilfs- und Nebenanlagen 5.5 Wasserhaltung / Wasserwirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> - Abstell- und Wartungsplatz - Kehrmaschine / Berieselungsfahrzeug - Leichtflüssigkeitsabscheider Kurzbeschreibung <ul style="list-style-type: none"> - Wasserbilanz mit Darstellung des Oberflächenwasseranfalles; des Brauch- und Trinkwasserbedarfes der wahrscheinlichen durchschnittlichen und maximalen Wasserableitung bzw. -einleitung in die Vorflut, Quell- oder Feuchtgebiete usw. - Oberflächenwasserfassung, -sammlung, -speicherung und -ableitung - Wasserableitung über Regenrückhalte- und -klärbecken, Kontrollschächte und Abflußgräben bzw. -leitungen, Einleitbauwerke, Trinkwasserversorgung - Brauchwasserbedarf und -versorgung (mit Angabe zur Entnahmestelle) - Sozialabwasserbeseitigung bzw. -ableitung - Verlegung von Gewässern - Verlegung von Gewässern - Grundwasserabsenkung, -ableitung und -einleitung
6 Voraussichtliche Entwicklung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse nach Beendigung der bergbaulichen Maßnahmen	Grundwasseranstieg / Füllung des Restloches; Abfluß und Bildung offener Wasserflächen
7 Wiedernutzbarmachungskonzept	
8 Angaben gemäß UVP-Verordnung Bergbau zur Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung	siehe Ergebnisse des Termines zur Festlegung des Gegenstandes, Umfangs und Methoden der UVP
9 Eingriffs- und Ausgleichsplanung zur naturschutzrechtlichen Eingriffsgenehmigung	

Anhang zu Anlage 2a

Nr. Überschriften	Stichpunkte / Beispiele
A 1 Übersichtspläne	Rißwerk gemäß § 63 BBergG siehe § 10 Abs. 2 Nr. 1 MarkschBergV
– Übersichtsplan (mit Angabe von Schutzgebieten, Schutzzonen und Biotopen) – Katasterplan	
A 2 Technische Unterlagen	Rißwerk gemäß § 63 BBergG
– Übersichtsplan mit Flurstücksbezeichnung (Lage des Tagebaus, der Tages- und Betriebsanlagen sowie der Verkehrsanbindung), – Lageplan mit Betriebseinrichtungen, Gebäuden, Zufahrt – Abbau-, Kippenentwicklungs- und Wiedernutzbarmachungsplan – Tagebauschnitte – Fließschemata	
A 3 Rechtliche Nachweise	
– Nachweis der Eigentumsverhältnisse – Kopien der Pachtverträge – Handelsregisterauszug	
A 4 Unterlagen zur Eingriffs- und Ausgleichsplanung für die naturschutzrechtliche Eingriffsgenehmigung	Unterlagen nach Absprache mit der Behörde
A 5 Unterlagen zur Erteilung sonstiger Genehmigungen nach den jeweiligen Fachgesetzen	Unterlagen nach Absprache mit der zuständigen Fachbehörde

Anlage 2b

Name Anschrift des Unternehmers	
	Geschäftszeichen des Unternehmers	
	
	Bearbeiter / Ansprechpartner	
Anschrift der Zulassungsbehörde Regierungspräsidium Abteilung ... Dezernat Bergaufsicht	Telefon	Fax
	Eingangsvermerk der Zulassungsbehörde	

Für den -Tagebau
 Bodenschatz Name

Landkreis:

Gemeinde:

Gemarkung:

wird dieser

Rahmenbetriebsplan

(nach § 52 Abs. 2a BBergG)

gemäß § 54 Abs. 1 Bundesberggesetz zur Zulassung vorgelegt.

.....
 Ort, Datum rechtsverbindliche Unterschrift des Unternehmers

Zugehörigkeitsvermerk der Behörde

Anlage 3: Hauptbetriebsplan

Anlage 3a

Gliederung

Nr.	Überschriften	Stichpunkte / Beispiele
0	Inhaltsverzeichnis, Anlagenverzeichnis	
1	Veranlassung - Angaben (Datum, Geltungsdauer) zum alten Hauptbetriebsplan - Laufzeit des neuen Hauptbetriebsplans	„Die Geltungsdauer des Hauptbetriebsplans vom ..., zugelassen durch Bescheid vom ..., Az. ... endet am ... Dieser Hauptbetriebsplan gilt für die Zeit vom ... bis ...“ Die Regellaufzeit eines Hauptbetriebsplans beträgt 2 Jahre, längere Laufzeiten müssen besonders begründet werden.
2	Allgemeines	
2.1	Angaben zum Umfang und zur Belegschaft des Betriebes	„Der Hauptbetriebsplan wurde aufgestellt für den (<i>Basaltlava, Quarzsand, etc</i>)-Tagebau (<i>Mustertal</i>) mit der (<i>Brech- und Klassieranlage und Asphaltmischanlage</i>)“ Zahl der gewerblichen Arbeitnehmer ..., davon männlich..., weiblich...
2.2	Angaben zur Lage	Landkreis ... Gemeinde... Flur ... Darstellung der Grenzen des Hauptbetriebsplans in den Planunterlagen
2.3	Angaben zum Unternehmer	Name ... Sitz ... vertretungsberechtigte Personen ... bei erstmaliger Vorlage eines Hauptbetriebsplans oder bei Änderungen der Unternehmens: Handelsregisterauszug
2.4	Angaben zur Organisation	Organisationsschema
2.5	Angaben zum Betriebsrat	ggf. Erklärung, dass der Betriebsplan dem Betriebsrat vorgelegen hat

Nr. Überschriften	Stichpunkte / Beispiele
2.6 Angaben zum 2.6.1 arbeitssicherheitlichen Dienst (§§ 3 - 7 BVOASi)	Folgende Fachkräfte/kraft für Arbeitssicherheit sind/ist berufen worden: ... <i>(Name/n.)</i> Folgende Einsatzstunden sind vorgesehen: <u>oder</u> Mit der Wahrnehmung der Aufgaben des arbeitssicherheitlichen Dienstes ist der... <i>(Name der Organisation)</i> beauftragt. Folgende Einsatzstunden sind vorgesehen: <u>oder</u>
2.6.2 Sicherheits- und Gesundheitsschutz- dokument (§ 3 ABergV)	Die Teilnahme an dem sog. Unternehmermodell ist vorgesehen. Für folgende Betriebsbereiche liegt ein Sicherheits- und Gesundheitsschutzdokument vor: ...
2.6.3 betriebsärztlichen Dienst (§§ 8 -12 BVOASi)	Folgender Betriebsarzt ist berufen worden: ... <i>(Name)</i> . Folgende Einsatzstunden sind vorgesehen: <u>oder</u> Mit der Wahrnehmung der Aufgaben des betriebsärztlichen Dienstes ist der... <i>(Name der Organisation)</i> beauftragt. Folgende Einsatzstunden sind vorgesehen: <u>oder</u>
2.6.4 Plan über die arbeitsmedizinischen Untersuchungen (§§ 2 und 3 GesBergV)	Die Teilnahme an dem sog. Unternehmermodell ist vorgesehen. Die arbeitsmedizinischen Untersuchungen werden entsprechend dem Plan vom ... durchgeführt.
2.7 Besonders bestätigte oder namhaft zu machende Personen	z. B. Sprengberechtigter, Sachverständiger
2.8 Name und Anschrift der zuständigen Berufsgenossenschaft	
2.9 Genehmigungen	hier soll angegeben werden, welche Genehmigungen (z. B. Ausnahmen von Vorschriften der Bergverordnungen, Erlaubnisse nach dem Wasserhaushaltsgesetz) bereits vorliegen, im vorliegenden Hauptbetriebsplan beantragt werden oder später erwirkt werden sollen

Nr. Überschriften	Stichpunkte / Beispiele
2.10 Angaben über Sicherheitsleistungen	Falls Sicherheitsleistungen zur Wiedernutzbarmachung zu erbringen sind, ist dies zu erwähnen. Falls diese nach der Größe der beanspruchten Fläche berechnet werden, ist hierzu eine Aussage zu machen
3 Gewinnungs- und Nutzungsberechtigungen	
3.1 Allgemeine Darstellung	„Bei dem abgebauten Rohstoff, z. B. Basalt / Quarzsand / ... handelt es sich um einen grundeigenen Bodenschatz. Die vom Betrieb beanspruchten Flächen befinden sich mehrheitlich im Eigentum des Unternehmens bzw. wurden gepachtet von verschiedenen Grundeigentümern.“
3.2 Eigentumsnachweise, Pachtverträge	Pachtverträge über Gewinnung sollen eine Laufzeit bis zum Zeitpunkt der Beendigung der Wiedernutzbarmachung haben, Grundbuchauszüge, soweit noch nicht erledigt, Veränderungen
4 Angaben zum Rißwerk	
	„Das Rißwerk wurde erstellt von ... und in zeitlichen Abständen von ... Jahren nachgetragen. Die nächste Nachtragung wird vorgenommen am ... und unmittelbar danach eingereicht.“
5 Betriebsbeschreibung unter Berücksichtigung des Arbeitsschutzes	
5.1 Allgemeine Beschreibung	Geologische Verhältnisse, Lage in Schutzgebieten geplante Entwicklung,
5.2 Tagebau	Aufschluß- und Erschließungsarbeiten, Verbleib und Behandlung des Mutterbodens, Gewinnungs-/Abbauverfahren (mit Prinzipskizze), besondere Schutzmaßnahmen, Absperrungen, Sicherheitsabstände, Abbau- und Verkippungsflächen über die Laufzeit des Hauptbetriebsplans

Nr. Überschriften	Stichpunkte / Beispiele
5.3 Wiedernutzbarmachung	Annahme und Verfüllung mit Fremdmaterial, Aufbringen von Böden, Bepflanzungsmaßnahmen in der wiedernutzbar zu machenden Fläche während der Laufzeit der Hauptbetriebsplans
5.4 Aufbereitung	Verfahrensbeschreibung, Aufzählung der wichtigsten Aggregate, evtl. nur Verweis auf vorhandene Genehmigungen und Zulassungen, Fließbild
5.5 Weiterverarbeitung	Verfahrensbeschreibung, Aufzählung der wichtigsten Aggregate, evtl. nur Verweis auf vorhandene Genehmigungen und Zulassungen, Fließbild
5.6 Arbeitsstätten, Sozialeinrichtungen	
5.7 Energie- und Wasserbereitstellung	Elektroübersichtsschaltplan
5.8 Hilfs- und Nebenanlagen	Angaben zu - Werkstatt - Lagerhalle - Waage - Tankstelle - Sprengmittellager - Wege
5.9 Wasserhaltung, Einleitung in Gewässer	
5.10 Arbeitsmaschinen und Fahrzeuge	Betankung, regelmäßige Prüfungen, Wartung, Einsatz, Verkehrsregelung
5.11 Grubenanschlussbahn	
6 Beschreibung besonderer Gefahren aus der Sicht des Arbeitsschutzes und besonderer Arbeitsschutzmaßnahmen	- Umgang mit Sprengmitteln - Bandanlagen, - Maschinen und maschinelle Anlagen - Gefahrstoffe Prüfung von Geräten, Fahrzeugen und Anlagen, Belehrungen / Schulung, Vorsorgeuntersuchungen, Lärm-, Staub-, Vibrations- und Erschütterungsmessungen, persönliche Schutzausrüstungen Welche Unfallverhütungsvorschriften und Dienstanweisungen werden beachtet?

Nr. Überschriften	Stichpunkte / Beispiele
7 Beschreibung der möglichen Einwirkungen auf die Umwelt und der Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung derselben	<ul style="list-style-type: none"> - Luftverunreinigungen - Lärm - Abfälle und Reststoffe - Abwasser - Wassergefährdende Stoffe - Sprengerschütterungen - Sonstige erhebliche Einwirkungen Evtl. Verweis auf Sonderbetriebspläne
8 Erste-Hilfe-Einrichtungen	
9 Brand- und Explosionsschutz,	Löscheinrichtungen, Feuerlöscher, Befeuchtung
10 Verhalten bei besonderen Betriebsereignissen und nicht bestimmungsgemäßen Betrieb	bei <ul style="list-style-type: none"> - schweren Unfällen, - Bränden, - Grundwasserverunreinigung - Steinflug beim Sprengen etc, Benachrichtigung der zuständigen Behörden und Stellen
11 Maßnahmen zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit	Böschungsgestaltung / Böschungsstand-sicherheit, Einfriedung, Beschilderung / Absperren beim Sprengen, Information der Anwohner, Sauberhalten öffentlicher Straßen usw., Sicherheitsabstände

Anhang zu Anlage 3a

Nr. Überschriften	Stichpunkte / Beispiele
A 1 Übersichtspläne und Nachweise <ul style="list-style-type: none">– Übersichtsplan (mit Angabe von Schutzgebieten, Schutzzonen und Biotopen)– Nachweis der Eigentumsverhältnisse (nur für Bergbehörde)	Rißwerk gemäß § 63 BBergG siehe § 10 Abs. 2 Nr. 1 MarkschBergV
A 2 Technische Unterlagen <ul style="list-style-type: none">– Lageplan für Betriebsanlagen und -einrichtungen einschließlich Wasserhaltung (mit Angaben über Flurstücksgrenzen)– sonstige Anlagen mit Detaildarstellung für Einzelanlagen (Bauzeichnungen, Prospekte usw.)– Abbau-, Kippenentwicklungs- und Wiedernutzbarmachungsplan, ggf. mit Schnittdarstellungen– Fließbilder	Rißwerk gemäß § 63 BBergG
A 3 Liste der zum Hauptbetriebsplan gehörenden Sonderbetriebspläne	

Anlage 3b

Name Anschrift des Unternehmers	Geschäftszeichen des Unternehmers	
	Bearbeiter / Ansprechpartner	
	Telefon	Fax
	Eingangsvermerk der Zulassungsbehörde	
Anschrift der Zulassungsbehörde Regierungspräsidium Abteilung ... Dezernat Bergaufsicht		

Für den-Tagebau
Bodenschatz Name

Landkreis:

Gemeinde:

Gemarkung:

wird dieser

Hauptbetriebsplan

aufgestellt für die Zeit bis
 vom Tag, Monat, Jahr Tag, Monat, Jahr

gemäß § 54 Abs. 1 Bundesberggesetz zur Zulassung vorgelegt.

..... Ort, Datum rechtsverbindliche Unterschrift des Unternehmers

Zugehörigkeitsvermerk der Behörde

Anlage 4: Abschlussbetriebsplan

Anlage 4a

Gliederung

Nr.	Überschriften	Stichpunkte / Beispiele
1	Inhaltsverzeichnis, Anlagenverzeichnis	
2	Veranlassung	
3	Allgemeines	
3.1	Angaben zum Umfang und zur Belegschaft des Betriebes	„Der Abschlussbetriebsplan wurde aufgestellt für den (<i>Basaltlava, Quarzsand, etc</i>)-Tagebau (<i>Mustertal</i>) mit der (<i>Brech- und Klassieranlage und Asphaltmischanlage</i>)“ Zahl der gewerblichen Arbeitnehmer ..., davon männlich..., weiblich...
3.2	Angaben zur Lage	Landkreis ... Gemeinde... Flur ... Darstellung der Grenzen des Abschlussbetriebsplans in den Planunterlagen
3.3	Angaben zum Unternehmer	Name ... Sitz ... vertretungsberechtigte Personen ...
3.4	Angaben zur Organisation	Organisationsschema
3.5	Angaben zum Betriebsrat	ggf. Erklärung, dass der Betriebsplan dem Betriebsrat vorgelegen hat

Nr. Überschriften	Stichpunkte / Beispiele
3.6 Angaben zum 3.6.1 arbeitssicherheitlichen Dienst (§§ 3 - 7 BVOASi)	Folgende Fachkräfte/kraft für Arbeitssicherheit sind/ist berufen worden: ... <i>(Name/n.)</i> Folgende Einsatzstunden sind vorgesehen: <u>oder</u> Mit der Wahrnehmung der Aufgaben des arbeitssicherheitlichen Dienstes ist der... <i>(Name der Organisation)</i> beauftragt. Folgende Einsatzstunden sind vorgesehen: <u>oder</u>
3.6.2 Sicherheits- und Gesundheitsschutzdokument (§ 3 ABergV)	Die Teilnahme an dem sog. Unternehmermodell ist vorgesehen. Für folgende Betriebsbereiche liegt ein Sicherheits- und Gesundheitsschutzdokument vor: ...
3.6.3 betriebsärztlichen Dienst (§§ 8 -12 BVOASi)	Folgender Betriebsarzt ist berufen worden: ... <i>(Name)</i> . Folgende Einsatzstunden sind vorgesehen: <u>oder</u> Mit der Wahrnehmung der Aufgaben des betriebsärztlichen Dienstes ist der... <i>(Name der Organisation)</i> beauftragt. Folgende Einsatzstunden sind vorgesehen: <u>oder</u>
3.6.4 Plan über die arbeitsmedizinischen Untersuchungen (§§ 2 und 3 GesBergV)	Die Teilnahme an dem sog. Unternehmermodell ist vorgesehen. Die arbeitsmedizinischen Untersuchungen werden entsprechend dem Plan vom ... durchgeführt.
3.7 Besonders bestätigte oder namhaft zu machende Personen	z. B. Sprengberechtigter, Sachverständiger
3.8 Name und Anschrift der zuständigen Berufsgenossenschaft	
3.9 Genehmigungen	hier soll angegeben werden, welche Genehmigungen (z. B. Ausnahmen von Vorschriften der Bergverordnungen, Erlaubnisse nach dem Wasserhaushaltsgesetz) bereits vorliegen, im vorliegenden Hauptbetriebsplan beantragt werden oder später erwirkt werden sollen
3.10 Angaben über Sicherheitsleistungen	Falls Sicherheitsleistungen zur Wiedernutzbarmachung zu erbringen waren, ist dies zu erwähnen.

Nr. Überschriften	Stichpunkte / Beispiele
4 Nutzungsberechtigungen	
5 Angaben zum Abschluss des Rißwerks	
6 Beschreibung der im Laufe der Zeit vom Bergbau beanspruchten Flächen und der dortigen Abschlussmaßnahmen	
6.1 Beschreibung des Istzustandes	
6.2 Beschreibung der durchzuführenden Maßnahmen	
6.2.1 Technische Maßnahmen	
6.2.2 Sicherheitstechnische Maßnahmen	
6.3 Landschaftsgestalterische Maßnahmen	
7 Verbleibende Abschlussarbeiten	
7.1 Ablauf der Arbeiten	
7.1.1 Aufbereitungs- und Weiterverarbeitungsanlagen	
7.1.2 Hilfs- und Nebenanlagen	Angaben zu - Werkstatt - Lagerhalle - Waage - Tankstelle - Sprengmittellager - Wege
7.2 Wasserhaltung	
7.3 Grubenanschlussbahn	
7.4 Einsatz von Arbeitsmaschinen und Fahrzeugen	Betankung, regelmäßige Prüfungen, Wartung, Einsatz, Verkehrsregelung

Nr. Überschriften	Stichpunkte / Beispiele
8 Beschreibung besonderer Gefahren aus der Sicht des Arbeitsschutzes und besonderer Arbeitsschutzmaßnahmen	- Umgang mit Sprengmitteln - Maschinen und maschinelle Anlagen - Gefahrstoffe Prüfung von Geräten, Fahrzeugen und Anlagen, Belehrungen / Schulung, Vorsorgeuntersuchungen, Lärm-, Staub-, Vibrations- und Erschütterungsmessungen, persönliche Schutzausrüstungen Welche Unfallverhütungsvorschriften und Dienstanweisungen werden beachtet?
9 Beschreibung der möglichen Einwirkungen auf die Umwelt und der Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung derselben	- Luftverunreinigungen - Lärm - Abfälle und Reststoffe - Abwasser - Wassergefährdende Stoffe - Sprengerschütterungen - Sonstige erhebliche Einwirkungen Evtl. Verweis auf Sonderbetriebspläne
10 Erste-Hilfe-Einrichtungen	Löscheinrichtungen, Feuerlöscher, Befeuchtung
11 Brand- und Explosionsschutz,	Löscheinrichtungen, Feuerlöscher, Befeuchtung
12 Verhalten bei besonderen Betriebsereignissen und nicht bestimmungsgemäßen Betrieb	bei - schweren Unfällen, - Bränden, - Grundwasserverunreinigung - Steinflug beim Sprengen etc, Benachrichtigung der zuständigen Behörden und Stellen
13 Maßnahmen zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit	Böschungsgestaltung / Böschungsstand-sicherheit, Einfriedung, Beschilderung / Absperrungen beim Sprengen, Information der Anwohner, Sauberhalten öffentlicher Straßen usw., Sicherheitsabstände, Wasserhaltung

Anhang zu Anlage 4a

Nr. Überschriften	Stichpunkte / Beispiele
A 1 Übersichtsplan (mit Angabe von Schutzgebieten, Schutz- zonen und Biotopen)	Rißwerk gemäß § 63 BBergG siehe § 10 Abs. 2 Nr. 1 MarkschBergV
A 2 Wiedernutzbarmachungsplan mit Schnitten	Rißwerk gemäß § 63 BBergG
A 3 Ggf. Betriebschronik (im Falle des § 53 Abs. 2, letzter Satz BBergG)	

Anlage 4b

Name Anschrift des Unternehmers	Geschäftszeichen des Unternehmers	
	Bearbeiter / Ansprechpartner	
	Telefon	Fax
	Eingangsvermerk der Zulassungsbehörde	
Anschrift der Zulassungsbehörde Regierungspräsidium Abteilung ... Dezernat Bergaufsicht		

Für den -Tagebau
Bodenschatz Name

Landkreis:

Gemeinde:

Gemarkung:

wird dieser

Abschlussbetriebsplan

aufgestellt für die Zeit bis
vom Tag, Monat, Jahr Tag, Monat, Jahr

gemäß § 54 Abs. 1 Bundesberggesetz zur Zulassung vorgelegt.

..... Ort, Datum rechtsverbindliche Unterschrift des Unternehmers

Zugehörigkeitsvermerk der Behörde

Empfehlungen der hessischen Bergbehörde für das Betriebsplanverfahren
Anlage 5
Unterlagen, die zur Erteilung der Eingriffsgenehmigung
gem. §§ 5, 6 Hessisches Naturschutzgesetz erforderlich sind

Anlage 5: Erforderliche Unterlagen zur Erteilung der Eingriffsgenehmigung

Eingriffe in Natur und Landschaft im Sinne des § 5 Abs. 1 Hessisches Naturschutzgesetz (HENatG) sind Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen, durch die der Naturhaushalt, die Lebensbedingungen der Tier- und Pflanzenwelt, sowie das Landschaftsbild, der Erholungswert oder das örtliche Klima erheblich oder nachhaltig beeinträchtigt werden können.

Als Eingriffe gelten insbesondere die Herstellung, Erweiterung, Änderung oder Beseitigung von baulichen Anlagen im Sinne des § 2 Abs. 1 Hessische Bauordnung (HBO) im Außenbereich (z. B. Steinbrüche, Schotterwerke, Bauschuttzubereitungsanlagen). Gleiches gilt auch für die Einrichtung von Lagerplätzen.

Der Antrag auf Genehmigung eines Eingriffes muss eine nachvollziehbare Begründung für die Standortwahl enthalten. Nach vorheriger Absprache mit der zuständigen Naturschutzbehörde ist dem Antrag ggf. eine Darstellung in Frage kommender Alternativstandorte einschließlich einer Aufwandsabschätzung für diese Standorte beizufügen.

Der Genehmigungsantrag muss nach § 3 Abs. 1 der Ausgleichsabgabenverordnung (AAV) vom 9. Februar 1995 (GVBl. I S. 120) i. V. m. § 3 der Bauvorlagenverordnung vom 17. Dezember 1994 (GVBl. I S. 828) grundsätzlich einen Bestandsplan, Ausgleichsplan und ggf. eine Ausgleichsberechnung enthalten.

Die Unterlagen müssen i. d. R. die folgenden Angaben aufweisen:

1. Bestandsplan (Text und Karte)

Der Bestandsplan stellt für das Baugrundstück und soweit erforderlich, für die angrenzende Fläche dar:

a) Lage und Größe der Grundstücke:

- Lageplan mit Maßstab und Nordpfeil, Bezeichnung der Grundstücke und ihrer Eigentümer
- angrenzende Verkehrsflächen
- Höhenlage

b) betroffene Natur- und Landschaftsschutzgebiete, Naturdenkmäler, geschützte Landschaftsbestandteile und Lebensräume (§ 23 HENatG), Vorgaben der kommunalen Landschaftsplanung

Empfehlungen der hessischen Bergbehörde für das Betriebsplanverfahren

Anlage 5

Unterlagen, die zur Erteilung der Eingriffsgenehmigung
gem. §§ 5, 6 Hessisches Naturschutzgesetz erforderlich sind

- c) geschützte Bäume, Sträucher und sonstige Bepflanzungen, die öffentlich-rechtlichen Bindungen nach einer Satzung der Gemeinde unterliegen, auch soweit sie sich aus der Grenze auf benachbarten Grundstücken befinden
- d) Lage und Art der auf den Grundstücken vorhandenen Anlagen und deren Nutzung
- e) die auf den Grundstücken bestehenden natürlichen Verhältnisse (Fauna, Flora, Boden-, Wasserhaushalt, Klima, Landschaftsbild, Vorbelastungen)
Für die Darstellungen ist der letzte rechtmäßige Zustand der Fläche maßgebend; davon abweichende tatsächliche Zustände sind anzugeben.

2. Der Ausgleichsplan (Text und Karte) stellt dar:

- a) Lage, Art und Umfang aller im Zusammenhang mit dem Vorhaben geplanten baulichen Anlagen, Verkehrsflächen und Erschließung, Betriebseinrichtungen einschl. der Veränderungen der Geländegestalt und der geplanten Nutzung
- b) Bau- und Betriebsabschnitte
- c) den Verbleib des Bodenaushubs, der nicht auf dem Baugrundstück selbst verwendet werden soll
- d) die geplanten Maßnahmen zum Schutz von Naturschutzbestandteilen während der Bauzeit
- e) die zu erwartenden Auswirkungen des Vorhabens auf den Naturhaushalt (Boden, Wasser, Klima, Pflanzen- und Tierwelt, Landschaftsbild und Erholung)
- f) die Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung des Eingriffs
- g) die Maßnahmen zum Ausgleich unvermeidbarer Beeinträchtigungen (Rekultivierung, Begrünung, landschaftspflegerische Gestaltung der verbleibende Freiflächen, Ersatzaufforstung, einschl. Zeitplanung)
- h) die voraussichtlich nicht ausgleichbaren Beeinträchtigungen und die hierfür vorgesehenen Ersatzmaßnahmen
- i) die verbleibenden Beeinträchtigungen

3. Sofern der Eingriff nicht oder nicht vollständig ausgeglichen werden kann und der Verursacher keine geeigneten Ersatzmaßnahmen anbietet ist eine Ausgleichsberechnung gem. den Anlagen 1 und 2 zu § 1 der AAV vorzulegen.

Diese muss eine Bilanzierung nach dem Biotopwertverfahren und ggf. Unterlagen für Zusatzbewertung enthalten.

4. Zur Festlegung einer Sicherheitsleistung sind die Kosten der durchzuführenden Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen mitzuteilen.